

KOMMENTAR

Die linken Moralapostel schiessen in der Zürcher Kunsthaus-Kontroverse übers Ziel hinaus

Politiker und Journalisten kritisieren, man opfere die historische Aufarbeitung der Bührle-Sammlung dem Standortmarketing. Der Vorwurf ist süffig formuliert, aber doppelt ungerecht.

Daniel Fritzsche

54 Kommentare →

29.01.2022, 05.00 Uhr



Alles, was heraussticht, wird in Zürich klein und madig gemacht – etwas, das nun auch rund um die Bührle-Sammlung im Kunsthaus-Erweiterungsbau versucht wird.

Christian Beutler / Keystone

Zürich und sein Kunsthaus sind seit Wochen in den Schlagzeilen. Aber nicht so, wie es die Verantwortlichen geplant haben. Statt Lobeshymnen auf den monumentalen neuen Erweiterungsbau und die prächtigen Werke von Cézanne bis van Gogh hagelt es Kritik. In den Schweizer und internationalen Medien ist von einer «beispiellosen Schlammschlacht» zu lesen, von einem «Skandal», einem «Scherbenhaufen», von «Geschichtsklitterung», gar von einem «erinnerungspolitischen Desaster».

Das grösste Kunstmuseum der Schweiz, ein Tollhaus. Dieses Bild wird zurzeit vermittelt – und das ist höchst bedauerlich.

Im Zentrum der Entrüstung steht ein Mann, der seit 65 Jahren tot ist: Emil Georg Bührle, Rüstungsindustrieller zur Zeit des Zweiten Weltkriegs, ehemals reichster Schweizer und unkaputtbares Feindbild der Linken. Seine Kunstsammlung mit Werken von Weltrang ist der Grund für die miese Presse. Oder vielmehr deren Entstehungsgeschichte: Historiker, Politikerinnen und Journalisten misstrauen der hauseigenen Provenienzforschung der Bührle-Stiftung. Fragen nach dem problematischen Kontext gewisser Bilder aus jüdischem Vorbesitz seien nicht sauber geklärt.

Ein Sympathieträger wird Bührle nie

Dass die Diskussion ausgerechnet jetzt aufflammt, überrascht einerseits – andererseits auch nicht. Eigentlich ist zu Bührle und seiner Sammlung alles gesagt. Und zwar von jedem und seit langem. Es sind wissenschaftliche Studien und Schwarzbücher erschienen, unzählige Artikel, Interviews und Aufsätze. Über die problematischen Punkte spricht man seit Jahrzehnten. Sie waren auch Thema, als die Zürcher Stimmbevölkerung vor zehn Jahren einem Kredit von 88 Millionen Franken für den Erweiterungsbau zustimmte.

Zur erneuten Eskalation kam es deshalb, weil Bührle bis heute eine Reizfigur sondergleichen ist: ein gebürtiger Deutscher, der von der Schweiz aus Nazideutschland mit Waffen belieferte und damit gutes Geld verdiente. Das Zeug zum Sympathieträger wird Bührle nie haben. Sein eindrücklicher Nachlass ändert daran nichts.

Die mit viel Pomp und Publizität begangene Einweihung des Baus des britischen Meisterarchitekten David Chipperfield bot Kritikern die Gelegenheit, die altbekannten Stand- und Streitpunkte erneut aufs Tapet zu bringen – maximale Aufmerksamkeit war garantiert.

Den Verantwortlichen aus Politik, Kunsthaus und Bührle-Stiftung muss vorgehalten werden, dass sie diese Dynamik unterschätzt und die Sache mit ihrer anfänglich sturen Haltung schlimmer gemacht haben. Öffentliche Gelder haben den Erweiterungsbau zu mehr als der Hälfte finanziert. Dass «die Öffentlichkeit» nun mitreden will, was in den grosszügigen Ausstellungsräumen gezeigt wird, ist eine politische Realität, der sich die involvierten Akteure nicht entziehen können.

Die Stadtpräsidentin Corine Mauch, die in Zürich für die Kulturpolitik zuständig ist und im Vorstand der Kunstgesellschaft sitzt, hätte es in der Hand gehabt, früher auf eine unabhängige Überprüfung der Bührle-Bilder zu pochen. Erst jetzt, da die machtbewusste Sozialdemokratin vom rot-grünen Milieu unter Druck geraten ist, distanziert sie sich von der bisherigen Provenienzforschung der Bührle-Stiftung. Diese hatte sie

– gemeinsam mit vielen Experten – zuvor immer aufrichtig gelobt.

Dennoch ist die Kritik, die nun auf die Stadtpräsidentin und weitere Beteiligte niederprasselt, in ihrem Ausmass überzogen. Gegner der Sammlung drehen im roten Bereich und haben die Relationen verloren. Wenn etwa der AL-Stadtrat Richard Wolff ernsthaft vorschlägt, eine alte Bührle-Kanone im Atrium des Erweiterungsbaus aufzustellen, «um die Finanzierung der Sammlung aus Kriegsgewinnen gleich sichtbar zu machen», gehört das in die Kategorie Politklamauk.

In der städtischen Politik sind es die linken Parteien – allen voran die Alternative Liste und die Grünen –, die das Thema als Wahlkampfschlager auserkoren haben. Fünf Vorstösse sind im Stadtparlament bereits hängig. Unter anderem verlangt die AL, dass die Stiftung Bührle ihren Kunstschatz der Stadt als Schenkung überlässt.

Eine Schenkung einzufordern, ist so schon einmal dreist. Kommt hinzu, dass der Besitz der Bilder als Stiftungszweck der privaten Bührle-Stiftung verankert ist. Juristisch wird es praktisch unmöglich sein, daran zu rütteln. Im Eigentum der Stadt würde die Sammlung zudem vollständig verpolitisiert. Das gälte – die juristischen Hürden ausgeklammert – wohl auch für einen Übertrag direkt an die Kunstgesellschaft oder das Kunsthaus, das für seinen Betrieb jährlich Subventionen einstreicht.

Erst zufrieden, wenn die Bilder verschwinden

Die Kritik der links-grünen Parteien an Bührles Sammlung ist zum Teil derart pauschal vorgetragen, dass davon ausgegangen werden muss, dass es ihnen um mehr geht als um eine historisch saubere Aufarbeitung der umstrittenen Werke. Argumentiert wird moralisch. Bührle ist als Waffenproduzent, Grossindustrieller und Kapitalist per se suspekt; sein Bilderschatz «vergiftet».

Wer so spricht, hat kein Interesse an einer intensiven, aber offenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern wird nicht eher ruhen, als bis die «kontaminierte» Sammlung das Kunsthaus verlassen hat. Aus den Augen, aus dem Sinn. Man kann Parallelen zu den historischen «Mohrenkopf»-Inschriften in der Zürcher Altstadt ziehen, die die Politik tilgen will, um ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Im Falle des Kunsthauses wäre mit dem Abzug der Bührle-Bilder tatsächlich der vielbeschworene Scherbenhaufen angerichtet. Das gilt es zu verhindern.

Die These, wonach die Stadtpräsidentin Mauch und das Kunsthaus bei

Bührle «beide Augen zudrücken» und die historische Aufarbeitung «dem Standortmarketing opfern», hörte man jüngst immer wieder. Sie ist zwar süffig formuliert, aber doppelt ungerecht.

Zum Beispiel muss klar gesagt werden, dass es grundsätzlich löblich ist, wenn eine Stadtpräsidentin und Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft sich für den Standort Zürich einsetzen. Zum Glück tun sie das! Gerade in einer Zeit, in der zum Beispiel der Städtetourismus weiter stark unter den Pandemiefolgen leidet.

In Zürich ist sonst zu oft das Gegenteil zu beobachten: Alles, was heraussticht, wird klein und madig gemacht – etwas, das nun auch rund um die Kunsthaus-Kontroverse versucht wird. Projekte mit Strahlkraft haben traditionellerweise einen schweren Stand. Um ein neues Fussballstadion wird in der Stadt seit über zwanzig Jahren gestritten; ein doppelt an der Urne bestätigtes Bauvorhaben mit zwei eindrücklichen Hochhäusern wird seit Monaten juristisch torpediert. Gleiches gilt für die Idee der Zürcher Kantonalbank, für beschränkte Zeit eine Seilbahn über das Seebecken zu spannen.

Ähnlich geht es Firmen und Institutionen mit internationalen Ausstrahlung: Der Finanzplatz, von dem die Stadt dank üppigen Steuereinnahmen gut lebt, ist nicht nur wegen eigener Fehler in der Dauerkritik. Momentan wird er von Rot-Grün als «Klimasünder Nr. 1» angegriffen. Dem Weltfussballverband Fifa, der seinen Hauptsitz aus Zürich abziehen könnte, würde er «keine Träne nachweinen», meinte kürzlich ein aussichtsreicher linker Stadtratskandidat.

Es sind solche Aussagen und Tendenzen, die neben aller berechtigten Kritik kein gutes Zeichen für die Zukunftsfähigkeit und, ja, die Standortqualität der grössten Stadt der Schweiz bedeuten. Man kann sich schon in sein moralisch sauberes Schneckenhaus zurückziehen, längerfristig wird dies Zürich aber mehr schaden als nützen.

Kommunikativ ungeschickt

Damit zurück zu Bührle: Der Vorwurf der Beschönigung ist in diesem Fall auch darum ungerecht, weil einiges getan wurde. Bührles Biografie wurde intensiv durchleuchtet und im Chipperfield-Bau in einem Dokumentationsraum inklusive Schattenseiten dargelegt. Es gibt Verbesserungspotenzial, aber das sollte erkannt sein. Die Herkunftsgeschichte jedes Bildes ist in der Ausstellung mittlerweile per QR-Code abrufbar.

Zudem soll die bisherige Provenienzforschung bald – wie gefordert –

extern überprüft werden. Das ist der richtige Weg. Zurzeit verhandeln die Partner über einen neuen Leihvertrag. Sofern sich die Parteien einigen, sollen der alte und der neue Vertrag bis Mitte Februar veröffentlicht werden. Transparenz ist das Gebot der Stunde.

Es gibt Weiteres, was die Verantwortlichen in Zürich tun können, um der Dauerkritik aktiv entgegenzutreten: Zum Beispiel würde es helfen, die personellen Verflechtungen zwischen Bührlle-Stiftung und Kunsthaus aufzulösen. Einige Beteiligte haben sich in den letzten Wochen kommunikativ äusserst ungeschickt verhalten; auch da gilt es über die Bücher zu gehen. Im Sinne eines Neustarts wäre es zu begrüssen, wenn es im Kunsthaus-Direktorium zu einer vorzeitigen Übergabe vom ohnehin abtretenden Christoph Becker an seine designierte Nachfolgerin Ann Demeester käme. Eigentlich ist der Wechsel erst auf Anfang 2023 geplant.

Die neue Frau an der Spitze kann sich dann überlegen, wie sie künftig mit den Bührlle-Werken umzugehen gedenkt. Müssen sie wie heute als unverrückbare, starre Einheit im obersten Stock des Erweiterungsbaus ausgestellt sein? Oder wäre es nicht sinnvoller und kuratorisch interessanter, die Bilder mit anderen Exponaten zu mischen? So verlöre die Sammlung den Eindruck, dass sich hier «Trophäe an Trophäe» reiht, wie dies das deutsche «Handelsblatt» bemerkte. Und Bührlle, der umstrittene Stifter, würde nicht mehr derart auf den Sockel gehoben.

Die härtesten Kritiker – die linken Moralapostel – werden sich zwar auch mit solchen Massnahmen nicht besänftigen lassen. Ihre Meinung sollte aber auch nicht der Massstab sein in der Beurteilung dieser für Zürich wichtigen und vielschichtigen Debatte.

54 Kommentare

K. S. vor 5 Tagen

54 Empfehlungen

Einfach das ganze Blabla nicht mehr zur Kenntnis nehmen und nicht mehr kommentieren. Sollen sich die linken Moralapostel doch mit sich selbst beschäftigen - wenn es keiner mehr mitbekommt, wird die Welt davon garantiert nicht schlechter.

Jürg Simeon vor 5 Tagen

50 Empfehlungen

Wokeness, Fanatismus pur, es gibt in der Stadt Zürich zuwenige Statuen die man stürzen kann, da kommt Bührlle resp. seine gekauften Bilder gerade recht. Bitte alle einmal tief durchatmen, entspannen.

Alle Kommentare anzeigen